

# OSTEUROPA NACHRICHTEN

Einz.Preis 1/2	-Abo	-Abo
15	150	280 öS
2	20	38 DM
2	20	35 sfr
2,5	25	45 hfl
7,5	75	135 dkr
5	50	90 skr

*Deutsche Ausgabe*  
2. JAHRGANG, Nr. 1  
16. I. 1983

Diese Zeitung berichtet über die demokratischen Oppositionsbewegungen in Osteuropa und wird gemacht von Menschen verschiedener osteuropäischer Nationen.

## Liebe Leser!

Wir haben dieses Jahr mit viel Zuversicht und Entschlossenheit begonnen und an OSTEUROPA-NACHRICHTEN verschiedene Änderungen durchgeführt, die, wie wir hoffen, Ihre Zustimmung finden.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten technischer Natur sehen wir uns jetzt in der Lage, die Zeitung 14tägig erscheinen zu lassen; Erscheinungstage sind jeweils der erste und der sechzehnte jedes Monats. Falls es beim Versand, insbesondere ins Ausland, zu Verspätungen kommen sollte, so bitten wir hierbei um Ihr Verständnis.

Unsere besondere Aufmerksamkeit bei den Verbesserungen galt dem Nachrichtensektor. Wir bemühen uns, Ihnen solche Nachrichten zukommen zu lassen, die in den grossen Medien wenig Beachtung finden, für ein klareres Bild über die Situation im Osten Europas aber von Bedeutung sind. Grosszügige Unterstützung erhielten wir dabei von der Berliner Nachrichtenagentur "Wona", der wir an dieser Stelle für ihre Hilfe danken wollen.

OSTEUROPA-NACHRICHTEN versteht sich jedoch nicht nur als Informationsquelle. Um der Aufgabe eines bescheidenen Mittlers zwischen den einzelnen osteuropäischen Nationen besser gerecht zu werden, wollen wir auch als ein Forum dienen und richten deshalb einen "Briefkasten" ein. Sie alle, werte Leser, sind herzlichst aufgefordert, uns Ihre Meinung mitzuteilen. Auch über Vorschläge, was Sie an OSTEUROPA-NACHRICHTEN anders sehen wollen, welches Thema ausführlicher behandelt werden soll, über jede Art von Meinung und Kommentar freuen wir uns.

Schliesslich noch ein paar Worte zur finanziellen Situation. Da die Zeitung einzig und allein aufgrund privater Initiative und idealistischen Engagements entsteht und als unabhängige Publikation von keiner finanzkräftigen Organisation "gesponsort" wird, ist ihr Erscheinen nur durch den Verkauf gesichert. Obwohl wir uns bemühen, alle Kosten so niedrig wie nur irgend möglich zu halten, bedürfen wir Ihrer Unterstützung. Mit der Bestellung eines Abonnements, oder, falls Sie bereits Abonnent sind, mit ein wenig Werbung im Kreise Ihrer Freunde und Bekannten, würden Sie uns sehr weiterhelfen.

Mit einem herzlichen "Dankeschön" für Ihre Unterstützung wünschen wir Ihnen ein erfolgreiches Jahr und hoffen auf gute Zusammenarbeit.

Die Redaktion

P.S.: Von Lesern aufmerksam gemacht, dass die "DDR" kein Teil Osteuropas ist, möchte die Redaktion klarstellen: Die

heutige DDR wird von uns durchaus als ein Teil Deutschlands verstanden. Trotzdem finden wir, dass über die DDR im Rahmen unserer Zeitung berichtet werden soll, weil sie schliesslich Teil des unter sowjetischer Hegemonie befindlichen Länderblocks ist, der heutzutage schlechthin als "Osteuropa" bezeichnet wird. Über die Ungenauigkeit dieser Bezeichnung vom kulturhistorisch-ethnologischen Standpunkt sind wir uns durchaus im Klaren.

## Warschau bereitet Psychiatriegesetz vor Anwendung nach sowjetischen Vorbild

Die polnische Militärregierung bereitet zur Zeit ein Psychiatrie-Gesetz vor, das nach Meinung informierter Kreise dazu dienen soll, entsprechend sowjetischem Vorbild oppositionelle Bürger "legal" in Nervenkliniken einzuweisen.

Die Jaruzelski-Junta hat schon in den letzten Monaten mehrfach zu diesem Unterdrückungsmittel gegriffen. Im April vergangenen Jahres scheiterte ein entsprechender Versuch allerdings am Widerstand des Direktors der Warschauer Nervenambulanz in der Nowowiejska-Strasse. Vier führende Mitglieder der freien Gewerkschaft Solidarnosc aus Lowicz wurden dagegen in die Nervenambulanz Gzierz unweit Lodz zwangseingewiesen. Sie kamen dort nur heraus, weil sie einen Brief in den Westen schmuggeln konnten.

Die bekannte Solidarnosc-Funktionärin Anna Walentynowicz befindet sich schon seit September 1982 in psychiatrischer Haft. Der polnische Geheimdienst "SB" hat die Frau in einer Sonderzelle seines Warschauer Gefängnisses in der Rakowiecka-Strasse untergebracht.

## FÜR WIE DOOF HÄLT ANDROPOW DEN WESTEN?

Für ziemlich, möchte man meinen, denn auf irgendeinem Boden muss doch sein ominöser Nichtangriffspakt-Vorschlag fussen. In Anbetracht einseitiger westlicher Abrüstungspropheten und nebulöser Friedenssehnsüchtiger ist der Boden identifizierbar.

Dieses Umfeld, dem die Einsicht in tatsächliche Friedenssicherung und politischer Realismus abhandengekommen ist, sieht nicht, dass die Sowjetunion die Aufrüstungsmacht par excellence ist - atomar wie konventionell. Es ist keine Abwehrrückversicherung - sondern schlichte Bedrohung, was die Sowjets mit Westeuropa und China betreiben. Und immer noch betreiben!

## Bau sowjetischer Raketen geht weiter!

Ungeachtet aller sowjetischen Friedens- und Abrüstungserklärungen setzt der Kreml sein Raketenrüstungsprogramm fort. Amerikanische Satellitenaufnahmen haben einwandfrei ergeben, dass beispielsweise im Stanowo-, Hochland und bei Kalakan mit Schussrichtung gegen China noch laufend Bauarbeiten stattfinden.

Die in sechs Armeen gegliederten sowjetischen strategischen Raketenverbände (Raketniye wojska strategicheskogo naznachenija) verfügen über rund 1.400 Interkontinentalraketen, 500 Mittelstreckenraketen und knapp 350 Flugkörper des Typs "SS 20". Dieser seit Mai 1960 selbstständige Streitkräfte teil mit Armeegeneral Wladimir F. Tolubko an der Spitze umfasst 325.000 Mann, davon 50.000 Zivilisten.

Sämtliche rund 300 Gefechtsstände sind ABC-sicher verbunkert. Ein eigenes stör-sicheres Fernmeldesystem gewährleistet jederzeit sichere Verbindungen zu den politischen und militärischen Entscheidungszentren. Die Silos und Stellungen sind durchweg in streng bewachten Sperrgebieten angelegt, die nur mit Sonderausweisen betreten werden dürfen.

Eines dieser Sperrgebiete liegt im Bereich von Gorki, wo sich der "Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe", der Nobelpreisträger Andrei Sacharow, seit fast drei Jahren in der Verbannung befindet.

Ausser den strategischen Raketenverbänden verfügt die Sowjetunion mit der strategischen Luftwaffe und den grossen Raketen-Unterwasserbooten noch über zwei weitere atomare Erstschlagskapazitäten.

Ihr Angebot eines Nichtangriffs ist leeres Geschwätz, solange es nur Worte auf Papier bleiben. Man erinnere sich doch endlich mehr an das Schicksal der baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen - 1940! Sie hatten solche Verträge mit den Sowjets. Dennoch wurden sie eiskalt annektiert.

43 Jahre später gibt es sowjetische Annektionspläne für Afghanistan, zumindestens für Teile dieses leidgeprüften Landes.

Gott sei Dank gibt es eine bedeutende Anzahl politischer Verantwortlicher im Westen, die sich ein kyrillisches X nicht für ein lateinisches U vormachen lassen.

**Polen:****CIA blickte Jaruzelski  
über die Schulter****Verhängung des Kriegsrechts  
lange vorher bekannt**

Ein hoher polnischer Offizier hat den amerikanischen Geheimdienst CIA in den Monaten des Aufstiegs der freien Gewerkschaft Solidarnosc ständig mit den vertraulichsten Informationen der Warschauer Führung versorgt, so daß in Washington schon im November 1981 bekannt war, daß Armeegeneral Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember den Inneren Kriegszustand verhängen werde. Selbst den kompletten Operationsplan sowie Originalexemplare der entsprechenden Flugblätter vermochte der polnische Oberst den Amerikanern zukommen zu lassen. Wie das amerikanische Nachrichtenmagazin "Newsweek" berichtete konnte der Pole in letzter Minute flüchten und lebt inzwischen mit seiner Familie in den Vereinigten Staaten.

Dieser Oberst war es auch, der die Amerikaner schon im Herbst 1980 darüber informierte, daß die Sowjets keinen Einmarsch in die benachbarte Volksrepublik beabsichtigten. Der Krenl sah sich nicht in der Lage, die erforderlichen 40 Divisionen einschliesslich der dann erforderlichen Versorgung einer Millionen-Armee aufzubringen.

Im Sommer 1981, als die Konfrontation zwischen der Gewerkschaft und dem Warschauer Regime sich immer mehr zuspitzte berichtete der Oberst dann, daß Jaruzel-

ski "eine harte Linie" einschlagen werde. Zu diesem Zeitpunkt hätten sowjetische und polnische Spezialisten die Überzeugung gewonnen, daß die wankende kommunistische Herrschaft in Polen mit eigenen Sicherheitskräften wieder stabilisiert werden könne.

Schon im September 1981 - also drei Monate vor dem 13. Dezember - sei der Beschluß gefaßt worden, das Land unter Kriegsrecht zu stellen. Um die Absicht geheim zu halten, wurden alle entsprechenden Plakate, Formulare und sonstige Papiere in der Sowjetunion gedruckt. Aber sobald sie fertig in Warschau vorlagen, ging ein Exemplar an die CIA.

Ohne daß der polnische Oberst es zunächst merkte, hatte der sowjetische Geheimdienst KGB inzwischen erkannt, daß es in der Militärführung ein gefährliches Leck gab. Offenbar konnten die KGB-

Leute relativ schnell diese "Ausflusstelle" lokalisieren. Denn als der Oberst schliesslich unmittelbar vor der Verhängung des Kriegsrechts mit seiner Familie floh, waren ihm die KGB-Fahnder dicht auf der Spur.

**Kritik  
am "kompromissbereiten"  
Primas**

Kisielewski:

**"Der Kirche geht es zu gut".**

Offenbar mit Interesse hat die polnische Zensur eine scharfe Kritik am Primas von Polen, Erzbischof Jozef Glemp, passieren lassen, in der auch die katholische Kirche insgesamt wegen ihrer Haltung gegenüber dem Militärregime in Zweifel gezogen wurde. Der auch im Westen bekannte polnische Publizist Stefan Kisielewski schrieb in der Krakauer Zeitung "Tygodnik Powszechny", zu deren Herausgebern er gehört, daß die Kirche eine Konjunktur erlebe, "die sehr gefährlich ist", besonders "in moralischer Hinsicht".

In dem Interview, das deutliche Zeichen von Eingriffen der polnischen Zensur trug, meinte Kisielewski, daß es "der Kirche ein bißchen zu gut" gehe. Sie werde nämlich von rechts und links "gestreschelt". Polens kompromissbereiter Primas Glemp spiele dabei eine Rolle, die beim höheren wie niederen Klerus offen Kritik hervorrufe. Wer nicht mehr deutlich gegen den Marxismus Moskauer Prägung Stellung beziehe, werde seiner moralisch-gesellschaftspolitischen Verantwortung nicht mehr gerecht, "zumal in einer konkreten politischen Situation Kisielewski kündigte an, daß er der Zeitung nicht mehr als Kolumnist zur Verfügung stehe. Er habe keine Lust mehr sich ständig mit der Zensur herumzuschlagen.

**Polizei wird  
gesäubert****Vor allem Angehörige  
von Solidarnosc-Anhängern  
und Geistlichen betroffen**

Mehr als ein Jahr nach Verhängung des Kriegszustandes in Polen soll nun die "Säuberung" der Polizei des Landes anlaufen. Wie aus zuverlässiger Quelle zu erfahren ist, ist auf einer Konferenz hoher Polizeioffiziere, Parteisekretäre und zuständiger Funktionäre des Parteiapparats ein entsprechender Beschluß gefaßt worden. Danach sollen alle Polizisten, deren nahe Angehörige der inzwischen verbotenen freien Gewerkschaft "Solidarnosc" angehört haben oder Geistliche sind, entlassen werden. Bei der Beurteilung der übrigen Polizisten werde auch die ideologische Haltung ihrer Familienangehörigen berücksichtigt. Äußerungen auf der Konferenz zufolge stehen vor allem Angehörige der Verkehrs- und Kriminalpolizei dem Militärregime kritisch und ablehnend gegenüber. Trotz gewisser Verteile bei der Bezahlung und Versorgung ist die Zahl der Bewerbungen für den Polizeidienst in den letzten zwölf Monaten um bis zu 40 Prozent zurückgegangen. Von den Planstellen seien zur Zeit 15 Prozent unbesetzt.

**DDR-Aufrüstung  
für polnische Schlägertruppe**

Die für ihre Ausschreitungen berühmte polnische Sonderpolizei "Zomo", setzt bei ihrem Vorgehen gegen Solidarnosc-Demonstranten auch aus der DDR stammende Kampfmittel ein. Das in Paris erscheinende Mitteilungsblatt der Auslands-Solidarnosc berichtete, daß seit einigen Monaten auf Zomo-Panzern Flammlinien montiert seien, die innerhalb von zwei bis drei Sekunden Kleidung in Brand setzen, wenn man diese "Brenngläser" auf Menschen richtet. Selbst Holz lasse sich damit entzünden. Ausserdem liefere die DDR besonders wirksame Tränengasgranaten

Aus Polen selber stammen das Tränengas "UGU 2000" sowie der rote Farbstoff, der den Wasservorräten der Wasserwerfer beigefügt wird, um so Demonstranten identifizieren zu können.



Die Tschechoslowakei liefert ausser Rauchkerzen auch mit Lähmungsgas gefüllte Patronen. Die Sowjetunion versorgt die Zomo mit Betäubungsgranaten, die wegen ihres extrem starken Explosionsgeräuschs minutenlange Schwerhörigkeit oder Betäubung hervorrufen.

**Südafrikanische  
Bischofe warnen  
vor Einwanderung**

Namens der südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz hat Bischof Denis Hurley in einem an die gesamte exilpolnische Presse versandten Brief aus der kommunistischen Volksrepublik ausgereiste Polen davor gewarnt, sich in Südafrika niederzulassen. In dem Brief heisst es, polnische Einwanderer seien schon deswegen in Südafrika nicht willkommen, weil sie für neuen Konfliktstoff mit den Farbigen sorgen würden. Viele Farbige würden nämlich angesichts der einwandernden Polen um ihren Arbeitsplatz fürchten. Vor allem aus österreichischen Auffanglagern wandern wöchentlich etwa 50 bis 60 Polen nach Südafrika ein.

# AN DIE REGIERUNG DER CSSR DOKUMENT DER CHARTA 77 NR. 29/82

## Brief der Charta 77 zwecks Fortsetzung der Madrider KSZE-Folgekonferenz

Wir bitten Sie im Namen jener Bürger, die sich dafür einsetzen, daß unsere Tschechoslowakische Regierung ihre eigene Unterschrift unter der Schlussakte von Helsinki respektiert, aufgrund der ordnungsgemäßen Erfüllung der internationalen Pflichten der Menschenrechte, die darin festgelegt sind, gegenüber anderen Bürgern zu erfüllen. Die Charta 77 war als Antwort der slowakischen Bürger auf die als unverständliche Schlussakte von Madrid entstanden. Das Ziel ihres langjährigen andauernden Bemühens darin, die in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Prinzipien in der Praxis unseres Heimatlandes durchzusetzen, ist es zu wissen. Gleich vielen Bürgern unserer Republik konnten wir den Beitrag des tschechoslowakischen Außenministers zur allgemeinen Debatte der UNO-Vollversammlung am 22.2.1981, die die Worte lesen, wie brennend die Regierung interessiert sei, daß die Madrider beginnende KSZE-Folgekonferenz im Geiste eines konstruktiven Prozesses durchgeführt und die Fortsetzung des Prozesses bestätigt sowie mit ihm eines substantiellen und einen Schlusdokuments die Konferenz schnellstens beendet werden möge. Nichts hinzuzufügen. Schließlich ist dies auch den Anregungen und Vorschlägen, die am Vorabend der Madrider Verhandlungen am 17.9.80 und von der Wiederaufnahme der Madrider Konferenz am 22.2.1981 von den Sprechern der Charta 77 zum Ausdruck gebracht worden.

Die Schlussakte der KSZE in Helsinki ist ein sehr wichtiges und sinnvolles Dokument, das zur Realisierung der menschlichen Daseins und zur Förderung der Menschheit beitragen kann. Anhänger der friedlichen Koexistenz und der Ansicht, daß die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki die Erfüllung dieses Zieles einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Gerade in einem Lande, das Ende der 70er Jahre auf katastrophale Weise für die Bemühungen um jeden Preis zu beenden, wissen wir, daß das Wort der Charta 77 weitestgehend eindeutig ist. In einer propagandistischen Rhetorik, die Verdeckung expansionistischer Politik, einer geringschätzigen Haltung gegenüber der Menschheit sowie der Unterjochung dienen, die auch zum Etikett eines Bündnisses der Mächtigen wider die Mächtigen, zum Ausdruck der Resignation, Verzicht auf menschliche Würde, des Ausverkaufs aller humanen Werte, zum Namen einer egoistischen Selbstverwirklichung. Wenn nun ein Vertreter der slowakischen Regierung über die Charta 77 ein Dokument spricht, worum es in der gegenwärtigen Phase der Madrider Konferenz hauptsächlich geht, heißt das in diesem Schlusdokument alle oben genannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit, wie sie in der Schlussakte von Helsinki enthalten sein müssen. Das bezieht sich auch die Verpflichtung der beteiligten Regierungen, die grund-

legenden Rechte und bürgerlichen Freiheiten aller ihrer Bürger - wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Abkommen über die Menschenrechte deklariert sind - zu respektieren. Die Einhaltung dieser Vereinbarungen, zu der sich die betroffenen Regierungen gegenüber ihren Bürger verpflichtet haben, erklärt die Schlussakte von Helsinki mit Recht zum unveräußerlichen und notwendigen Bestandteil echter friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit. Die bisherigen Verhandlungen sowohl in Belgrad als auch in Madrid haben jedoch gezeigt, daß es zwischen den Konferenzteilnehmern keine Einigkeit in Bezug auf den Inhalt und die Verwirklichung gerade dieses in der Schlussakte von Helsinki so deutlich ausgesprochenen Prinzips gibt. Darum meinen wir, daß als Beitrag zur KSZE gerade seitens unseres Landes hervorzuheben werden müßte, daß das Wort Frieden nur dann eine eindeutige Bedeutung erhält, wenn die Staatsmänner und auch die gewöhnlichen Bürger den Frieden nicht nur als einen Waffenstillstand zwischen den Staaten verstehen und als solchen verwirklichen wollen, sondern innerhalb ihrer Staatsgrenzen solche Existenzbedingungen schaffen, die es erlauben würden, dem Wert der Freiheit, der menschlichen Würde, der Verantwortung und Opferbereitschaft für andere und der Achtung der Wahrheit höchste Priorität einzuräumen. Die Friedensbestrebungen der Staatsmänner werden erst dann glaubwürdig sein, wenn sie begleitet und vorweggenommen werden durch friedfertiges Verhalten der Regierungen gegenüber ihren eigenen Staatsbürgern auf der Grundlage der beiderseitigen Achtung vor dem Gesetz und dem Recht. Die Spannungen zwischen den Staaten

können neutralisiert werden, vorausgesetzt, daß die latente Konfliktquelle nicht die Spannungen zwischen den Herrschenden und Beherrschten sind, die Willkür und Unzuverlässigkeit der sich der Kontrolle durch die Bürger entziehenden Macht ist, von der nicht erwartet werden kann - da sie nicht einmal die von ihr selbst erlassenen Gesetze respektiert -, daß sie Vereinbarungen welcher Art auch immer, noch dazu internationale, einhält. Darum sind wir der Ansicht, daß unsere Delegation in Madrid ihren Beitrag zum von unserer Regierung geforderten Geist eines konstruktiven Dialogs dahingehend leisten könnte, indem sie dazu beiträgt, daß das Schlusdokument der internationalen Konferenz u.a. die Verpflichtung aller beteiligten Regierungen enthalte, das Abkommen über die Menschenrechte konsequent zu erfüllen und innerhalb einer vereinbarten Frist die Rechtsordnung und die Rechtspraxis ihrer Organe, insbesondere der Sicherheits- und Justizorgane, mit diesem Pakt voll und ganz in Einklang zu bringen. Der Wirksamkeit einer solcherart vereinbarten Verpflichtung würde sicherlich die Schaffung eines Koordinationsorgans der KSZE dienen, das die Einhaltung dieser Verpflichtung überwachen würde und mit den Bürgerinitiativen, deren Existenz und Tätigkeit in der Mehrzahl der Teilnehmerstaaten für die Realität einsteht, daß nicht nur Regierungen, sondern auch das Volk dieser Staaten aktiv an der Erhaltung und Ver-

breitung der in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Errungenschaften beteiligt sein möchte, in Kontakt stünde. Zweifelsohne zählt zu den Voraussetzungen für die stete und schöpferische Weiterentwicklung des in Helsinki begonnenen gesamteuropäischen Prozesses, wie von ihm der Vertreter der tschechoslowakischen Regierung vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesprochen hat, die Schaffung und beständige Erweiterung einer gegenseitigen Vertrauensbasis zwischen den Teilnehmerstaaten. Zu den hierfür geeigneten Maßnahmen, die obendrein die Glaubwürdigkeit der Friedensbestrebungen erhöhen, gehören zweifellos Beweise der konsequenten Einhaltung aller durch die Schlussakte von Helsinki vereinbarten Verpflichtungen. Am deutlichsten und wirksamsten wird der tatsächlich vorhandene Wille zum Frieden seitens der Regierungen durch Achtung der Rechte und bürgerlichen Freiheiten der eigenen Staatsbürger zum Ausdruck gebracht.

In dieser Hinsicht würden folgende Maßnahmen den Standpunkt unserer Delegation in einem die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik unserer Regierung bedeutend stärken:

a) Unverzügliche Aufhebung der Gefangenschaft und Gerichtsurteile über jene Bürger, die eine konsequente Erfüllung der durch die Unterschrift der tschechoslowakischen Regierung unter der Schlussakte der KSZE von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen gefordert und auf konkrete Verletzungen der zitierten Verpflichtungen hingewiesen haben. Es handelt sich hierbei u.a. um:

J. Adámek, J. Bárta, R. Battěk, V. Benda, O. Bednářová, Z. Čerovský, J. Duka, M. Fryč, J. Gruntorád, V. Havel, R. Hložáka, J. Hrabina, M. Hýbek, S. Javorský, I. Jirous, J. Krumpholtz, J. Litomický, Fr. Lížna, D. Nemcova, P. Pospíchal, G. Povala, G. Romp, R. Smahel, Fr. Stárek, Dr. Trojan, P. Uhl, A. Zlatohlavý...

b) Einstellung der Strafrechtlichen Verfolgung bzw. der Schikanen seitens der Polizei und der sozialen Diskriminierung von Bürgern und deren Familienangehörigen dafür, daß sie in Übereinstimmung mit der Verfassung die Erfüllung und Einhaltung der in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Grundsätze verlangen, wonach die bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten durch die Teilnehmerstaaten zu respektieren sind. Dies würde folgende Bürger betreffen: J. Bělíková, J. Dolista, J. Hájek, I. Havel, O. Havlová, Ing. Holomek, J. Horec, Z. Jičínský, E. Kantárková, M. Kusý, K. Kyncl, L. Lis, V. Malý, J. Mlynárik, J. Müller, J. Němec, Jan Ruml, Jiří Ruml, J. Šavrdá, J. Šiklůva, M. Šimeček u.w.m.;

c) Die konsequente Erfüllung seitens der obersten Staatsorgane ihrer sich aus Art. 29 der Verfassung ergebenden Verpflichtungen gegenüber jenen Bürgern, die die Einhaltung des vorausgeführten Grundsatzes fordern und auf dessen Verletzungen hinweisen;

d) Die sachliche und objektive Überprüfung der geltenden Gesetze seitens der Förderativen Versammlung, der Regierung und des Generalprokurators in Hinblick auf die Schlussakte der KSZE und das Abkommen über die Menschenrechte, insbesondere des Strafgesetzes und des Gesetzes über Sicherheitspolizei sowie der in der Praxis von Justiz- und Sicherheits-

organen vorherrschenden Grundsätzen und deren Angleichung jene Verpflichtungen, die der Präsident der Republik und auch die Regierung durch ihre Unterschriften unter die internationalen Vereinbarungen auf sich genommen haben, die der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern dienen. Es wäre unserer Ansicht nach zweckmäßig, wenn der Generalprokurator oder eine andere kompetente Institution das Kapitel 6 der tschechoslowakischen Verfassung über das Verfassungsgericht, das jedoch nicht tätig geworden ist, in Anwendung bringen würde.

Wie bereits die Sprecher der Charta 77 in früheren wie auch in diesjährigen Dokumenten, z.B. im Dokument Nr. 15 aus dem Jahre 1978 oder in den Dokumenten Nr. 12 und 22 des Jahres 1982 angeführt haben, sind die Teilnehmer dieser Bürgerinitiative bereit, konstruktiv mit den zuständigen Behörden in jenen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten, welche den guten Willen der Tschechoslowakei in Sachen Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt unter Beweis stellen würden

Prag, am 22. Oktober 1982

Dr. Radim Palouš, Sprecher der Charta 77  
Anna Marvanová, Sprecherin der Charta 77  
Ladislav Lis, Sprecher der Charta 77  
Prof. Dr. Jiří Hájek, Mitglied des Kollektivs der Sprecher der Charta 77  
(Dr. Václav Benda, Sprecher der Charta 77  
Ing. Rudolf Battěk, Sprecher der Charta 77, z.Zt. im Gefängnis)

## Brief "Unabhängiger Gewerkschafter" an Solidarnosc

In Prag und gleichzeitig in Pilsen offener Brief an Mitglieder und Sympathisanten der Solidarnosc in Polen veröffentlicht, den ein "Vorbereitender Ausschuss" der unabhängigen Gewerkschaft Prag-Pilsen" veröffentlicht hat. In diesem Brief heißt es:

"Freunde, wir begrüßen Sie zur Zeit der Vorbereitung zu den Manifestationen, mit denen Sie gegen das widerrechtliche Verbot von Solidarność protestieren wollen, einer Bewegung, die in kurzer Zeit Sympathien und Unterstützung einer großen Mehrheit des polnischen Volkes und der freiheitsliebenden Menschen in der ganzen Welt gewonnen hat. Wir haben die politische Entwicklung in Eurem Land mit Spannung verfolgt und wir sind überzeugt, daß es Euch - wenn auch nur teilweise - gelingen wird, die Kontinuität der freien Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu halten und das alles trotz der gewaltigen Hindernisse, Repressionen und Opfer, mit denen Eure Tätigkeit verbunden ist.

Aus Erfahrungen der Sympathisanten des Reformprozesses von 1968 wissen wir, wie wichtig diese Kontinuität für die zukünftige demokratische Entwicklung unserer Völker, für ihre seelische und moralische Gesundheit ist. Kontinuität, Ausdauer und Treue für die Ideale betreffen selbstverständlich nicht nur das Volk als Ganzes, sondern vor allem jeden Einzelnen, Frauen und Männer, ihre Hingabefür die Ideen, für die es Wert ist zu leben und Opfer zu bringen. Sowohl

bei uns als auch bei Ihnen stellen die Konsolidatoren den persönlichen materiellen Gewinn vor die Treue gegenüber den Prinzipien der Bewegung, einen besseren Lebensstandard und Wohlstand vor eine wahrhaftige demokratische, freie und dadurch auch wirtschaftlich und kulturell erfolgreichere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß Ihre Konsolidation oder Normalisierung höchstens Stagnation bringen kann, eher aber Zerfall und Zerstörung. Eine wirklich positive und hoffnungsvolle Entwicklung einer Gesellschaft, die unseren Idealen entspricht kann man nur beginnen, wenn die Befreiung aller bürokratischen Strukturen zugesichert wird.

Freunde, verbinden wir uns in der Bemühung Polen und die Tschechoslowakei frei und unabhängig werden zu lassen!"

### Ehemaliger Jugendfunktionär verhaftet

Laut einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur -afp-, wurde am 10. November 1982 in Bratislava (Pressburg) der 38jährige Geologe Miklos Duray aus der Slowakei verhaftet. Ihm wird "Verleumdung der Republik" vorgeworfen.

Duray war im Jahr 1968 als Funktionär der CSSR-Jugendorganisation tätig und schrieb später mehrere unabhängige Studien über Minderheitenprobleme in der CSSR, speziell über die dortige ungarische Minderheit.

## NEUER CHARTA 77 SPRECHER

Der 37jährige Jan Kozlik ist am 10. Januar zu einem der Sprecher der Charta 77 ernannt worden. Er soll für Dr. Ladislav Lis, der am 5. Januar in Prag von den Behörden festgenommen wurde, in die Bresche springen.

Dr. Lis ist in der Vergangenheit desöfteren hart von Regierungs- und Geheimdienstbehörden bedrängt worden. Erst im vorigen Jahr erhielt seine Frau Erpresserbriefe, in denen mit der Ermordung seiner zwei Kinder gedroht wurde. Seit Januar 1982 fungiert Lis als einer der drei Charta-Sprecher.

Die Charta 77 betont, dass Lis bis zur Klärung seines Falles weiter Charta-Sprecher bleibt.

Bie beiden anderen Sprecher, Anna Marvanova und Radim Palous, deren Amt nach einem Jahr, also jetzt im Januar ablaufen sollte, bleiben ebenfalls bis auf weiteres im Amt.

Jan Kozlik wurde am 4.1.1946 in Prag geboren. Der heute 37jährige machte seine Matura an der Technischen Schule in Prag. 1968 begann der Protestant Kozlik ein Theologiestudium, wurde allerdings im 4. Jahrgang, 1971, aufgrund massiven Drucks seitens des Kultusministeriums auf die gesamte Fakultät, ausgeschlossen. Er erlernte dann den Beruf eines Elektroingenieurs und arbeitete zuletzt als Techniker in einem Prager Bauunternehmen

## Ungarn:

### Ungarische Gastarbeiter in der DDR an's Gewehr

Die in der DDR tätigen ungarischen Lehrlinge und jungen Gastarbeiter müssen dort an der vor-militärischen Ausbildung der DDR-Wehrertüchtigungorganisation GST teilnehmen. Wie die in der DDR erscheinende Zeitschrift "S+T" vermeldet, haben seit 1972 "mehrere Tausend" junge Ungarn "aktiv am Wehrsport" teilgenommen, vor allem "im Sportschiessen, im Motorsport und im militärischen Mehrkampf".

Auf diese Weise hätten die Ungarn "ihre Wehrfähigkeit erhalten und vervollkommen können". Zwischen der GST und der ungarischen Parallelorganisation MHSZ besteht eine entsprechende Vereinbarung. Aus der Meldung ging weiter hervor, dass der kommunistische ungarische Jugendverband KISZ in der DDR über eine eigene Organisation verfügt.

## Behörden geben organisierte Verbrechen zu

In Ungarn sind in letzter Zeit verschiedene "organisiert begangene" Verbrechen aufgedeckt und geahndet worden. Sie liessen jedoch nicht den Schluss zu, dass es im Lande eine "allmächtige, organisierte Unterwelt" gäbe, beteuerte der ungarische Rundfunk anlässlich des Prozesses gegen eine 50-köpfige Bande.

Die Angeklagten hatten tagsüber erkundet, wo wohlhabende Menschen leben, und wann sie nicht zu Hause sind. In diese Wohnungen sind sie dann eingebrochen. Ein anderes Gericht hat eine Schmugglerbande abgeurteilt, die Autos und andere Güter illegal ins Land brachte und dann verkaufte. "Die Einfuhrkette - die Schmuggler, die Verteiler und die Wiederverkäufer - hat perfekt funktioniert", hiess es bei "Radio Budapest".

**UdSSR:****Sowjetführung über moralische Einstellung der Jugend besorgt**

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew hat eine Gruppe junger Rowdies einen Ingenieur zu Tode geprügelt, um seine westliche Jeans-Hose zu stehlen. In Moskau sind betrunkene Jugendliche im Zoo über einen Zaun gestiegen und haben fünf Kängurus erschlagen. Die Moskauer Öffentlichkeit wurde weiter geschockt durch die Nachricht, daß eine Handvoll jugendlicher einen Bernhardiner bei lebendigem Leibe gehäutet hat, um aus seinem Fell eine Mütze zu machen.

Die kommunistische Jugendorganisation "Komsomol" hat zur Zeit 41 Millionen Mitglieder, praktisch alle Bürger zwischen 16 und 26 Jahren. Die KP hingegen hat lediglich 17,5 Millionen Mitglieder. Diese Verhältnis, heisst es in Moskau, habe die sowjetische Führung davon überzeugt, daß die heutige Sowjetjugend nicht mehr jene Opfer für die kommunistischen Ideale und für das Vaterland erbringen wolle, wie es für frühere Generationen und auch noch bei den großen Bauprojekten der Nachkriegszeit selbstverständlich gewesen sei.

Sogar Komsomol-Chef Boris Pastuchow hat anlässlich des Kongresses seiner Organisation in diesem Jahr hervorgehoben, dass seiner Ansicht nach die heutige Jugend viel zu sehr religiöser Problematik zugeneigt sei und westlichen Konsumgütern nachlaufe. Die jungen Wehrpflichtigen seien sogar sehr oft in physisch untauglicher Verfassung.

**Rekruten können nicht richtig russisch**

Die sowjetische Militärführung soll Moskau-Berichten zufolge Druck auf die politischen Führer des Landes ausüben, damit die zum Wehrdienst eingezogenen Jugendlichen moralisch und physisch "aufgemöbelt" werden.

Die 1981 eingeführte Neuregelung der Wehrdienstverschiebung wegen "höherer Studien" hätte die sowjetische Militärführung inzwischen zu dem Schluss kommen lassen, dass die meisten "Weiterstudierenden" sich so dem Dienst mit der Waffe entziehen wollten.

Ein anderes Problem der Militärs ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der Rekruten aus den zentralasiatischen und kaukasischen Republiken die Kommandosprache - russisch - nur mangelhaft verstehen oder sprechen. Das betreffe vor allem junge Wehrpflichtige aus Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenien, Grusinien, Armenien und Aserbaidschan. Ähnliche Schwierigkeiten gibt es mit Wehrpflichtigen aus den annektierten baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen.

**Rauschgift kommt aus zentralasiatischen Republiken**

Die militärische und politische Führung der Sowjetunion sind über die Moral der sowjetischen Jugend tief beunruhigt. "Zapad", das heisst "der Westen", wird bewundert, weil er die Güter produziert, die sowjetische Konsumenten normal nicht kaufen können. Daher floriert ein ausgedehnter Schwarzmarkt für westliche Jeans, Musikassetten und Modeartikel.

Von den Jungverheirateten lassen sich laut sowjetischer Statistik rund 40 Prozent scheiden, wobei die Wohnungsfrage eine entscheidende Rolle spielt. Laut Berichten der sowjetischen Staatsanwaltschaft leben die meisten jugendlichen Straftäter bei getrennten Eltern. Opium, Haschisch und Marihuana, das aus den zentralasiatischen Republiken kommt, werde in Moskau und Leningrader Jugendlökalen gehandelt.

Nach Berichten der Gesundheitsbehörden in Moskau nimmt die Zahl der an Alkoholismus leidenden jungen Frauen unter 30 immer mehr zu.

Am 20. April - dem Geburtstag von Adolf Hitler - versammelten sich im Vorjahr Dutzende Moskauer Jugendliche, gekleidet in braune Hemden und mit Hakenkreuzen "verziert", am Denkmal des nationaldichters Alexander Puschkin. Die Demonstration, die wohl mehr Ausdruck allgemeinen Unmutes als politische Stellungnahme war, endete mit einer Schlägerei zwischen den Jugendlichen und Besuchern des nahegelegenen grossen Filmtheaters "Rossija".

"Vor 15 Jahren", so ein Moskauer Arzt, "habe ich monatlich 3.000 junge Männer untersucht, die zur Armee eingezogen wurden. 90 Prozent von ihnen waren bewundernswert. Sie arbeiteten und studierten zur gleichen Zeit. Der grösste Unterschied zu heute ist, dass unsere Jugend pragmatischer geworden ist, und weniger ideologisch gebunden. Sie sieht, was ringsherum passiert, und was sie besonders sieht, sind Lügen und Betrug".

**Auswanderungsquote sowjetischer Juden die niedrigste seit elf Jahren**

Die monatlichen Zahlen für die Emigration sowjetischer Juden deuten darauf hin, dass Moskau 1982 weniger als 3.000 ausreisen liess. Im Oktober waren es insgesamt 168 Juden, die die Sowjetunion verlassen durften - die niedrigste Zahl seit 11 Jahren. Dies hat in Washington ein Sprecher der "nationalen Konferenz für das sowjetische Judentum" erklärt.

In den ersten zehn Monaten von 1982 erreichten lediglich 2.375 Sowjetjuden das Auffanglager in Wien, woher sie dann weiter nach Israel reisten.

Die Emigration der Sowjetjuden erreichte ihren Höhepunkt 1979, als 51.320 Juden Ausreisegenehmigungen erhielten. Seither sind die Zahlen ständig rückläufig. 1981 trafen nur noch 9.447 jüdische Emigranten in der österreichischen Hauptstadt ein.

In Washington hiess es dazu, die Haltung der Sowjetbehörden gehe sowohl auf die Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in den letzten zwei Jahren zurück, als auch auf das Drängen arabischer Freunde der Sowjetunion, dem jüdischen Staat keine Wehrpflichtigen mehr zur Verfügung zu stellen.

**SMOT-Prozess verschoben**

Mitglieder der Untergrundgewerkschaft rücksichtslos verfolgt

Das Gerichtsverfahren gegen drei Mitglieder der "freien, alle Berufe umfassenden Vereinigung SMOT", das am 9. Dezember 1982 beginnen sollte, ist um mehrere Wochen verschoben worden.

Die drei Angeklagten im sogenannten Smot-Fall sind Valerij Senderow (37), ein früherer Lehrer an dem Moskauer Mathematischen Gymnasium Nr. 2 für besonders begabte Kinder, Boris Kanewski (37), Professor der Mathematik an der Fakultät für Chemie der Moskauer Universität und Ilja Geltser (18), Student des Moskauer Instituts für Stahl und Metalllegierungen.

Senderow und Kanewski sind im Westen bekannt als Autoren der Schrift "Intellektueller Völkermord", in der sie aufgrund statistischer Angaben nachgewiesen hatten, dass Juden an Moskauer Hochschulen unter Anwendungen von Kriterien diskriminiert werden, die mit den "Nürnberg Gesetzen" aus der Hitler-Zeit identisch sind.

Senderow ist Mitglied des Vertreterrates - des Exekutivorgans - der unabhängigen Gewerkschaft SMOT.

Bei der Durchsichtung der Wohnung von Geltser wurden Flugblätter der Smot beschlagnahmt. Die Frau von Kanewski wurde vom KGB im Zusammenhang mit den Tätigkeiten ihres Mannes innerhalb der Gewerkschaft vernommen.

Senderow und Geltser wurden am 17. Juni 1982 verhaftet, zusammen mit Wladimir Gerschuni, einem Veteran der Bürgerrechtsbewegung, der ebenfalls in Smot aktiv war. Vier Tage später, am 21. Juni, wurde dann Kanewski festgenommen.

Ursprünglich ist der Fall von der Moskauer Staatsanwaltschaft (Aktenzeichen 50611/82) behandelt worden und die Angeklagten wurden im Burtika-Gefängnis festgehalten. Danach übernahm der KGB den Fall (Bezeichnung: Fall Nr. 32) und sie wurden ins Lefortowo-Gefängnis versetzt. Im Lefortowo-Gefängnis sind die Angeklagten der "antisowjetischen Agitation und Propaganda" (Artikel 70 des Strafgesetzbuches der Russischen Sowjetrepublik) beschuldigt worden.

Danach ist die Akte von Gerschuni aus dem Fall 32 abgesondert worden.

Der Verhaftung der vier Angeklagten folgte eine landesweite Welle von Festnahmen von Smot-Mitgliedern. So wurde am 22. Juli in Leningrad Rotislaw Eudokimow (32), Sohn des inhaftierten Bürgerrechtlers Boris Eudokimow, verhaftet.

Am 17. September war die Dichterin Irina Rotuschinskaja (28) aus Kiew an der Reihe. Sie hatte im Informationsbulletin von Smot mehrere Artikel veröffentlicht.

Schliesslich wurde am 8. Dezember 1982 Lew Wolochonski, Mitglied des Vertreterrates von Smot, verhaftet. Wolochonski ist einer der Mitgründer der Gewerkschaft und er hat schon eine Haftstrafe von zwei Jahren (1979 - 1981) abgebusst.

## Antisowjetischer Widerstand in Lettland wächst

Proteste gegen die sowjetische Herrschaft in Lettland sind anlässlich des 64. Jahrestages der Unabhängigkeit dieser baltischen Republik in diesem Jahr ausser in der Hauptstadt Riga auch in verschiedenen anderen Orten des Landes zum Ausdruck gekommen. Wie der "Weltbund der freien Letten" (WFFL) mitteilte, hissten vor allem Jugendliche heimlich die lettische Nationalflagge, legten Blumen am Freiheitsdenkmal in Riga nieder und besuchten in ganzen Gruppen am Totensonntag 1982 den Waldfriedhof. Lettland errang am 18. November 1918 seine Unabhängigkeit von Russland, die es dann 1940 durch den sowjetischen Einmarsch wieder verlor.

Nach inzwischen im Westen eingetroffenen Berichten wollten die sowjetischen Sicherheitsbehörden 1982 jede Kundgebung anlässlich des Unabhängigkeitstages verhindern. Sie errichteten um das Freiheitsdenkmal einen Bauzaun und arrestier-

ten dann alle Menschen, die demonstrativ davor stehen blieben. Bereits drei Tage vor dem Jahrestag nahm die Geheimpolizei KGB den 17-jährigen Schüler Richards Usans fest und brachte ihn in eine psychiatrische Klinik, weil er vor dem Denkmal laut aus der Bibel gelesen hatte. Trotz aller vorbeugenden Massnahmen konnte die sowjetische Polizei aber nicht verhindern, dass am 18. November am Schornstein des Paul-Stradins-Krankenhauses weithin sichtbar die Flagge des freien Lettlands wehte. Ähnliche Aktionen haben laut WFFL auch in der Provinz stattgefunden.

Die öffentlichen Proteste gegen die sowjetische Herrschaft gingen auch noch an den folgenden Tagen weiter. Am 21. November hatten sich Hunderte Letten in Riga am Denkmal des verstorbenen Präsidenten des unabhängigen Lettlands, Janis Cakste, versammelt, um dort Blumen niederzulegen. KGB-Kommandos lösten die Demonstration auf.

## Erster litauischer Kirchenkalender nach dem Krieg

In Litauen ist zum ersten mal nach dem letzten Weltkrieg ein Kirchenkalender erschienen, herausgegeben von der "Konferenz des litauischen Episkopats". Wie die oppositionelle katholische Krakauer Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" (Allgemeines Wochenblatt) berichtet, hat jeder katholische Geistliche ein Exemplar dieses "Kirchenkalenders" erhalten. Daraus ergibt sich, dass dieser Kalender für den "Normalgläubigen" kaum zu erhalten ist.

Der Kalender ist von den sowjetischen Behörden unter Hinweis auf das Gesetz vom 31. Juli 1981 "Über die Kontrolle von Publikationen und Bühnen, § 2 Absatz 3, Gesetzblatt Nr. 20 Absatz 99" zugelassen worden.

Der Kalender beinhaltet alle liturgischen Vorschriften des Kirchenjahres, das ja mit der Adventszeit beginnt. Ferner eine Auflistung aller litauischen Bischöfe und der Studenten des Priesterseminars in Kaunas, des einzigen in Litauen sowie die Adressen der litauischen Kurien und ein Verzeichnis der in den Jahren 1980 bis 1981 verstorbenen Priester.

### Nur 709 Priester in Litauen

Aus dem Kirchenkalender geht hervor, dass es in Litauen 630 zugelassene Kirchen und Kapellen sowie 709 Priester gibt. (Litauen hat 3,5 Millionen Einwohner) 519 katholische Pfarrgemeinden haben

einen eigenen Seelsorger, und 111 Gemeinden werden von Geistlichen einer Nachbarparrei betreut.

Im Jahre 1980 sind 19 Priester verstorben und 11 neu eingeweiht worden. 1981 verstarben 17 Geistliche und es gab 14 Neueinweihungen.

### Scharfe ideologische Kritik an estnischen Diskotheken

Die Leiterin der Kulturverwaltung der Stadt Narwa in der baltischen Republik Estland, L. Firsanova, hat in der Zeitschrift "Sowjetskaja Estonija" die Rolle der Diskotheken und ihrer Leiter einer scharfen Kritik unterzogen. Die Kulturfunktionärin verlangt in ihrem Artikel eine Steigerung "des ästhetischen Niveaus" und "aktiver Beiträge für die ideologische Erziehung in der Republik".

"Heute ist die Tätigkeit eines Diskjockeys in hohem Masse professionell, Diletantismus ist für uns unannehmbar", und weiter, "gewöhnlich ist er aber ein Dilettant, der meist nur über fragwürdige politische Kenntnisse verfügt und dessen Sammlung von Tonbändern und Schallplatten meist zweifelhaften Ursprungs sind"

## Numerus Clausus für angehende Theologen gelockert

Der "Numerus Clausus" an den beiden in den baltischen Republiken noch bestehenden Priesterseminaren in Kaunas/Litauen und in Riga/Lettland wurde von den sowjetischen Behörden gelockert. Dies meldet der schweizer Informationsdienst "Glaube in der 2. Welt" (Zollikon).

Der sowjetische "Rat für religiöse Angelegenheiten" hat nach Renovierungs- und Umbauarbeiten genehmigt, dass im Wintersemester 1982/83 in Kaunas zusätzlich 23 Studenten zum Theologiestudium zugelassen werden. Insgesamt studieren jetzt an der litauischen kirchlichen Hochschule 97 angehende Priester.

An theologischen Seminar Riga wurden, dem Bericht zufolge, aus den selben Gründen 19 neue Theologiestudenten zugelassen. In der lettischen Hauptstadt, wo katholische Priester für die ganze Sowjetunion ausgebildet werden, studieren jetzt insgesamt 44 Theologen.

Dieses Verhalten der sowjetischen Behörden weicht auffallend von ihrer bisherigen Praxis ab, zumal seit Ende des zweiten Weltkrieges die Zahl der Theologiestudenten durch alle möglichen Massnahmen klein gehalten wurde. Studierten in Kaunas im Jahre 1946 noch 150 junge Katholiken Theologie, so waren es 1979 nur 62. Von 40 Bewerbern im Jahre 77/78 wurden lediglich 20 zum Studium zugelassen.

### Zahlreiche gefälschte Lebensmittelkarten in Polen

### Schwarzhandel mit Mangelwaren blüht

Die seit Jahren mangelhafte Versorgung der polnischen Bevölkerung wird neuerdings noch dadurch spürbar erschwert, daß immer mehr gefälschte Lebensmittelkarten und Bezugscheine auftauchen. Wie das Warschauer Parteiorgan "Trybuna Ludu" schrieb, Sorge die Vielfalt solcher Formulare für ein "völliges Durcheinander", das die Fälscher ausnutzen würden. Gleichzeitig berichtet die polnische Presse zunehmend über Festnahmen von "Schiebbern und Spekulanten". Allein im September 1982 seien Ermittlungsverfahren gegen 9.000 Personen eingeleitet worden. Die meisten von ihnen stammten aus dem Staatsdienst. Vor allem Eisenbahner und Fernfahrer sorgten dafür, daß die begehrten Waren schnell zu den Absatzorten kommen. Schuhe, Kleidung, Haushaltswaren und Teppiche seien zur Zeit am begehrtesten.

In den Staatsläden wandert immer mehr Ware unter den Ladentisch. Sie wird an Verwandte oder besonders gutzahlende Kunden abgegeben oder vertauscht. Wie "Trybuna Ludu" schreibt, sei es daher durchaus erklärlich, "daß die meisten Staatshandelsangestellten mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten."

**DDR:**

# Sehnsucht, das ist Berlin Der Mann im Turm

Eine Vorwinternacht in Berlin. Sie ist ungewöhnlich milde. Ein Mann blickt durch einen schmalen Schlitz. Der Schlitz befindet sich in einem Turm, der Mann auch. Der Turm ist ein Wachturm, der Mann ein Soldat der "Grenztruppen der DDR".

Vor sich hat er die Mauer, hinter sich die ungepflegte Rückfront des früheren preussischen Abgeordnetenhauses, wo 1918 die KPD gegründet wurde. Auf dessen Dach steht eine im Gulag-Stil errichtete hüttenartige Behausung für einen seiner "Genossen".

Der kann noch viel weiter blicken: Über den quadratischen Bau des von Martin Gropius 1881 vollendeten früheren Kunstgewerbemuseums hinweg bis zum ruinierten Portal des verschwundenen Anhalter-Bahnhofs und weiter, über den gold leuchtenden Neubau der westlichen Staatsbibliothek bis zur schlachtfeldartig verwüsteten Öde des Potsdamer Platzes, bis zum grauen Komplex des einstigen Reichsluftfahrtministeriums, kurz, er kann das ganze zerrissene Herz Berlins sehen. Das können nicht mehr viele.

Wo der Mann hinter dem Schlitz hinstarrt da stehen drei Berliner Polizisten, ein "grüner" aktiver und zwei blaugrau uniformierte Reservisten. Jede Stunde tauchen sie dort für ein paar Minuten auf, manchmal auch nur jede zweite oder dritte. Denn zuweilen steigen sie gar nicht aus, bleiben im Wagen sitzen.

## Flutlicht an der Mauer

Der Mann im Turm setzt ein Fernglas an. Das verschwenderische Licht der Mauerlampen reicht fast über die knapp 20 Meter in die so ferne andere Welt. Und der Soldat muss ja alles "aufklären". Die Zahl der "gegnerischen Kräfte", möglichst deren Dienstgrade, Typ des Funkwagens, sein Zulassungszeichen, "besonderes". Ob er erkennt, dass der Fahrer im Wagen sitzengeblieben ist?

Das "Vorkommnis" muss er dann melden, jede Stunde. Den Weltfrieden zu sichern ist eben keine Kleinigkeit. Man kann doch jeden Augenblick mit einer Provokation rechnen.

Die "mobile Objektschutzstreife" der Berliner Polizei ist übrigens nicht wegen der Mauer gekommen. Ihr Ziel ist der Gropius-Bau. Die dort gezeigte zeitgenössische Kunstschau "Zeit/Geist" gefällt manchem nicht. Anschläge sollen verhindert werden, aber das weiss der Grenzsoldat alles nicht.

Und so blickt der Mann denn dorthin, wo er nicht hin kann. Dabei waren es nur zwanzig Schritte quer über eine Strasse mitten in Berlin, die frühere Prinz-Albrecht Strasse. Er ist vielleicht zwanzig Jahre alt, volljährig zwar aber nicht reisefähig. Da muss er noch 45 Jahre warten.

Oder sollte die Mauer im Jahre 2027 nicht mehr stehen? Sie widerspricht ja schon jetzt der Zeit und jedem Geist.

# DAS ERLEBNIS DES HERRN HONECKER

Nachdem eigens das Politbüro der SED tagte, und flugs darauf -AND-, die amtliche DDR-Nachrichtenagentur Schüsse in der Ortschaft Klosterfelde vermeldete, kann man noch sicherer sein, dass an dem Bericht der Hamburger Illustrierten "Stern" sehr viel Wahres dran ist.

Ein Attentat auf Honecker. Der Attentäter, ein 41jähriger Ofensetzer aus Klosterfelde, lebt nicht mehr, er erschoss sich nach dem misslungenen Ansinnen.

Honecker lebt. Es war sein Sylvestererlebnis. Das Erlebnis eines Diktators, der für einen kurzen Moment um sein Leben bangen musste, weil ein Untertan, der im "Paradies der Werktätigen" keine Sonnenseite des Lebens kannte, den Luxus der Funktionäre hasste.

"Sozialistischer Realismus" an der Jahreswende 82/83!

## DDR-Jugendliche in hartem Einsatz an sowjetischer Erdgasleitung

Bis 1985 sollen sie 538 Kilometer Röhren verlegt haben

Über 3.600 junge Arbeiter aus der DDR, die zu 52 "Jugendbrigaden" formiert sind arbeiten am Bau der umstrittenen Erdgasleitung von Sibirien nach Europa. Das hat der Stellvertreter des DDR-Ministers für Kohle und Energie, Günter Seifert, im Ost-Berliner Rundfunk erklärt.

Seifert, zugleich Regierungsbeauftragter für das Röhrenprojekt, sagte, dass die DDR Arbeitskräfte im Rahmen des Fünfjahresplanes bis 1985 insgesamt 538 Kilometer Gasleitung zu errichten hätten. Davon müssten bis November 1983 insgesamt 138 Kilometer verlegt sein, mittels "Selbstverpflichtungen der Kollektive" sollten noch 1982 zehn Prozent davon fertiggestellt sein.

Minister Seifert räumte ein, dass die jungen Menschen, die über keinerlei einschlägige Berufserfahrung verfügten, unter "hohem Einsatz kämpften" und grosse Schwierigkeiten zu überwinden hätten. So hätte in der Vergangenheit die Schlammperiode die Arbeit stark erschwert. Jetzt herrsche der Winter. Bei der Überwindung noch vorhandener technischer Schwierigkeiten würden die Jugendlichen "hervorragende Leistungen" vollbringen. Die jungen DDR-Arbeiter werden nicht nur überdurchschnittlich bezahlt, sondern nach Rückkehr bei der Vergabe von Studienplätzen, Autos und Wohnungen bevorzugt.

## SED-Kampftruppen sollen Zusammenarbeit mit der Roten Armee verstärken

ZK-Mitglied  
in den Reihen der Parteiarmee

Der stellvertretende DDR-Polizeiminister Willi Seifert, zugleich Hauptinspekteur der "Deutschen Volksarmee", hat die rund 500.000 Mann zählenden Angehörigen der SED-Kampfgruppen aufgerufen, ihre Zusammenarbeit mit den "übrigen bewaffneten Kräften" und dabei vor allem mit der Sowjetarmee auszubauen. In einem Grundsatzerartikel in der nicht für den allgemeinen Vertrieb zugelassenen Monatszeitung "Der Kämpfer" schreibt Seifert, im kommenden Jahr sei "grosse Aufmerksamkeit... für das Herstellen beziehungsweise Ausbauen fester Partnerschaftsbeziehungen zu den anderen bewaffneten Organen... sowie zur Sowjetarmee" aufzuwenden.

Unter "Partnerschaft" werden in der DDR nicht zuletzt gemeinsame Ausbildung sowie enge militärpolitische Zusammenarbeit verstanden.

Die beiden jüngsten Ausgaben des "Kämpfers" liefern bereits eine Fülle von Information über die Zusammenarbeit zwischen der SED-Parteiarmee und den regulären Streitkräften. So ist die Hundertschaft "Willy Mehlhorn" des Elektromotorenwerks Turm im Kreis Zwickau Partner des sowjetischen Gardepanzerregiments "M.I. Katukow". In einer anderen

Meldung über eine "taktische Übung" heisst es, "die Angehörigen der sowjetischen Einheit (waren) wiederum unsere Gäste". Hinweise auf Zusammenarbeit mit Einheiten der DDR-Volksarmee einschließlich der Grenztruppen gab es in Hülle und Fülle.

Neu ist nach Auskunft westlicher Beobachter die Angabe, daß Geschützbedienungen aus Angehörigen der Kampfgruppen und der paramilitärischen Bereitschaftspolizei gemischt zusammengestellt werde. Laut "Kämpfer" war dies beim Kampfgruppenbataillon "Bernhard Könen" (Leuna) und der gleichnamigen Volkspolizei-Bereitschaft in Halle der Fall.

Im Bezirk Halle auf dem "Bernhard-Könen-Schacht" des Mansfeld-Kombinats Eisleben arbeitet auch das einzige Mitglied des SED-Zentralkomitees, das zugleich Angehöriger der Kampftruppen ist. Der 36jährige "Brigadier" Hans-Jürgen Trümper ist seit viereinhalb Jahren Vollmitglied des "Parteiparlaments".

Mit Interesse vermerkten westliche Beobachter außerdem die zunehmenden Berichte über Einsatzübungen der Kampfgruppen im Bereich der Ost-Deutschen Reichsbahn. Auch der Umstand, daß an der Kommandeurkonferenz im Bezirk Gera am 11. November 1982 Offiziere der dem Verteidigungsministerium unterstehenden Hauptverwaltung Zivilverteidigung teilnahmen, erscheine erwähnenswert. Aus dem thüringischen Bezirk Suhl hiess es, das dort 75 Prozent aller Ausbildungstage an arbeitsfreien Wochentagen stattfänden.

**Bulgarien:****Antireligiöse  
Propaganda verschärft**

Eine scharfe antireligiöse Kampagne haben die bulgarischen Behörden in Sofia eingeleitet. Im Visier steht die Gruppe der "Reformierten Adventisten des Siebten Tages", die schon vor zwanzig Jahren in Bulgarien verboten worden ist.

Die jüngsten öffentlichen Angriffe gegen diese Glaubensgemeinschaft erfolgten in der Zeitschrift "Ateistitschna Tribuna" die von der "Georgi Kirkoff Gesellschaft für Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse" veröffentlicht wird.

Anlass der erneuten Kampagne ist die Tatsache, dass der wehrpflichtige Philip Blaschew aus Sofia den Waffendienst wegen seines protestantischen Glaubens abgelehnt hat. Er soll deswegen vor ein Kriegsgericht gestellt und zu fünf Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden sein. Normalerweise werden bei Wehrdienstverweigerung Strafen von einem bis drei Jahre verhängt.

Die Adventisten sind aber nicht die einzige religiöse Gruppe, die in Bulgarien verfolgt wird. Kürzlich erhielt der Europarat in Strassburg einen Bericht, in dem Bulgarien religiöse Verfolgungen vorgeworfen werden. Dem Bericht waren konkrete Angaben beigefügt.

Wie aus dem Vatikan verlautet, wurde zum 5. Symposium europäischer Bischöfe vom 4. bis 8. Oktober 1982 in Rom - offenbar deswegen - Metodi Dimitroff Stratieff, Apostolischer Exarch für den byzantinisch-slawische Ritus der Katholiken in Bulgarien, ausgeschlossen. Stratieff war einer der wenigen osteuropäischen Bischöfe, die nicht nach Rom reisen durften.

**Slawisches Komitee  
umbenannt****Sofias Beziehungen zu Auslandsbulgaren**

Das im Oktober 1944 in Sofia gegründete "Slawische Komitee" ist in ein "Komitee für Auslandsbulgaren" umgetauft worden. Die Monatszeitschrift des Vereins, "Slawjani" ("Slawen"), heisst jetzt "Rodoljubie" ("Patriotismus"). Zweck der Tätigkeit der Organisation war von Anfang an die Aufrechterhaltung der Kontakte mit den im Ausland lebenden Bulgaren.

Die Monatsschrift der Organisation wird kostenlos an eine ständig steigende Zahl von bulgarische Emigranten versandt. Gleichzeitig wird eine jedes Jahr höher steigende Quote von Exilbulgaren zum Besuch der Heimat eingeladen. 1981 wurde der erste "Konvent" von Bulgaren dreier Generationen organisiert.

Wie aus Kreisen der bulgarischen Emigration in München verlautet, sind weltweit 53 Organisationen unter der Kontrolle des Komitees, darunter kulturelle und erzieherische Vereine, Klubs und andere Gruppierungen.

Das "Slawische Komitee" wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als eine "Agentur der gesamt-slawischen Interessen" gegründet, die durch "Panlawismus zum Kommunismus" führen sollte. Experten in München schätzen, daß die neuen organisatorischen Massnahmen in Sofia darauf abzielen, die große Zahl von Mazedoniern, die in den USA leben, im Verlauf des bulgarisch-jugoslawischen Konfliktes um diese Nationalität, auf bulgarische Seite zu ziehen.

Tomas MIANOWICZ

**ERGEBNIS  
DES DRITTEN  
WELTKRIEGES**

(2. Teil)

Europa bleibt Europa - mit seiner leistungsfähigen und über die eigenen Bedürfnisse produzierenden Wirtschaft, mit seinen demokratischen Freiheiten, seiner kulturellen Tradition.

Ereignisse wie in Äthiopien, Nicaragua und Afghanistan können Europas Ruhe nicht stören.

Das Schreckensbild eines Moskaus, das den Kommunismus auf der ganzen Welt errichten will, gerät in der Rumpelkammer der Geschichte in Vergessenheit. Als falsch werden Voraussagen abgetan, die auf die Möglichkeit einer sowjetischen Besetzung von Spitzbergen oder einer Einschließung Jugoslawiens hinweisen.

Es zählen nur mehr Entspannung, Zusammenarbeit und Frieden. Vor allem der Frieden, obwohl er zum Synonym für Krieg geworden ist.

In sich birgt dieser Frieden jedoch die größte Gefahr, der die Menschheit je ausgesetzt war. Um sie zu verstehen, muß man die Ideologie des Sowjetismus begreifen. Sie ist eine Art "Schleicheideologie", deren Interpretation man eher in den Schriften Orwells findet, als in den Reden Leonid Breschnjews.

Westliche Journalisten und Politologen entdecken immer wieder die - für sie so aufregende - Wahrheit, daß niemand in der Sowjetunion mehr an den Marxismus-Leninismus glaubt. Und es ist tatsächlich so, nur hat dies keinerlei Bedeutung. Die Ideologie im sowjetischen System funktioniert nämlich auf ihre Weise, als integrierter Plan des Spiels, das Sozialleben genannt wird. Dafür ist der Inhalt der Ideologie unwichtig, entscheidend sind nur die Ergebnisse der Propaganda. Das Paradoxe dabei - wie in so vielen Dingen des Sowjetismus - ist, daß die Menschen die offizielle Ideologie und ihre aufdringliche Bevormundung hassen. Das System hat ein Interesse daran, daß die Menschen von Haß umgeben leben, weil ihnen dadurch die eigenartige Mentalität des "Homo sowjeticus" anezogen wird. Das System kann nur auf der Basis einer ganz spezifischen, menschlichen Fassung bestehen: einem Gleichgewicht zwischen Angst und Haß. Der Haß richtet sich gegen die sichtbaren Systemerscheinungen, gegen offizielle Ideologie und Propaganda, gegen den Alptraum der alltäglichen Realität, gegen die Abhängigkeiten innerhalb der hierarchischen Ordnung in fast allen Lebensbereichen des Sowjetbürgers, wird aber von der Angst vor der Omnipotenz einer mythologisierten und mystifizierten Macht gedämpft und kontrolliert.

Die Ideologie des sowjetischen Systems setzt die ständigen Bestrebungen einer Erweiterung des Machtbereiches auch im Inneren fort, indem die letzten Reste von Freiheit eliminiert und jeder freie Gedanke im Keim erstickt wird. So wird vor den Augen der westlichen Welt die Dissidentenbewegung entgültig beseitigt. Dafür findet die Farce der Entspannung in Madrid ihre Fortsetzung, wo unter an-

derem auch von Menschenrechten gesprochen wird. Wirkliche Verständigung wird allerdings nur beim "zweiten Korb" in dem Fragen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit diskutiert werden, erreicht, was unter den oben erwähnten Umständen niemanden wundern sollte. Der amerikanische Deligierte Kampelman irrt leider, wenn er meint, daß in der Sowjetunion Menschenrechte verletzt würden. Dies stimmt nicht; in der Sowjetunion existieren Menschenrechte überhaupt nicht.

Ich bin kein fanatischer Verfechter der Menschenrechtspolitik. Eine Verschmelzung von Politik, die nur selten auf Moral Wert legt, und Programmen, die dem Schutz ethischer Werte dienen sollen, führt entweder zu zweideutigen Ergebnissen oder artet in Phrasendreschereien unter Staatmännern aus. Der unmenschliche Charakter des sowjetischen Systems ist offensichtlich. Insofern erweisen sich Überlegungen, wie etwa die, Moskau könnte die Nennung der Namen einiger in Lager verschickten Dissidenten kompromittiert werden, als klares Mißverständnis. Mit den Fragen der Menschenrechte sollten sich Organisationen beschäftigen die nicht von der politischen Konjunktur oder von taktischen Überlegungen abhängig sind, wie zum Beispiel Amnesty International oder das Helsinki Watch Komitee. Das soll nicht heißen, das Menschenrechtsfragen bei diplomatischen Kontakten nicht zur Sprache kommen sollten, ich meine lediglich, daß die Menschenrechtspolitik keine Chance hat, in diesem Kampf um die Welt eine Wende herbeiführen zu können. Es ist tragisch, aber wahrscheinlich kann keine Politik die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung ändern.

Es lohnt sich vielleicht, kurz an das Ausmaß sowjetischer Infiltrierung in der westlichen Welt zu erinnern. Schon heute reicht dieses System an die Gewissen der Menschen in der "freien" Welt heran. Dies ist unter anderem das Ergebnis der allmächtigen sowjetischen Logokratie, gegen die der ideologisch ausgerüstete Westen nichts annähernd gleichwertiges bieten kann. Im Kreml werden Begriffe wie Frieden, Fortschritt und Entspannung gezielt eingesetzt. Wer nicht Verbündeter der Sowjetunion ist, wird sogleich als Reaktionär, Handlanger der Rückständigkeit und des Kalten Krieges gebrandmarkt. Das Wort gehört zu den wichtigsten Waffen der Sowjetunion. Dort, wo das Wort zur internen Destabilisierung westlicher Länder, der das spezielle Interesse Moskaus gilt, nicht ausreicht, bedient man sich der Terrorgruppen, die von der Sowjetunion, beziehungsweise von ihren Satelliten finanziert, bewaffnet und ausgebildet werden.

Die von Moskau gesteuerten Ablenkungsmanöver sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie die Ziele einer "Schleicheideologie" verwirklicht werden. So bemühten sich die Sowjets im Iran gar nicht erst, den Marxismus-Leninismus einzuführen; Khomeinis blutige Diktatur ist sogar ausgesprochen anti-marxistisch



Als Folge des Putsches im Iran kam es jedoch zur Auflösung des CENTO-Paktes, eine der Hauptbastionen westlicher Interessen im Nahen Osten.

Auch Europas Einbindung in die NATO bedeutet, wie ich bereits erwähnt habe, für die sowjetische Welteroberung kein Hindernis; im Gegenteil, die NATO bringt Moskau wichtige Propagandavorteile, weil der Kreml weiß, an welche Adresse er sich mit seinen "Entspannungs- und Abrüstungsvorschlägen" zu wenden hat. (Es wäre sicherlich schwieriger, sich mit einem solchen Vorschlag an die Schweiz zu wenden.) So dauern die Abrüstungsgespräche seit Jahren an; und das Ergebnis ist auch bekannt: im Vergleich zum Westen hat sich die sowjetische Militärüberlegenheit unheimlich gesteigert. (Weniger bekannt ist, das auch neue chemische Waffen entwickelt worden sind, mit denen die Sowjets in Indochina experimentierten.)

Schon jetzt sind Moskauer und osteuropäische "diplomatische" Stellen imstande, Massenmedien in der Freien Welt erfolgreich zu zensurieren. Sie sind auch imstande, die Gewissen der Menschen zu zensurieren, meist mittels Visumerpresungen. Aus Angst vor den Sowjets wurden Beziehungen zwischen Ali Agca und der bulgarischen Geheimpolizei nicht veröffentlicht, die auf Befehl Moskaus die Vorbereitungen für das Attentat auf den Heiligen Vater steuerte. (Hintergrundberichte zu dieser Angelegenheit stellte J. Nowak in der 42. Nummer von "Tygodnik Polski" vor.) Selbst die Sprache des Radiosenders "Swoboda" ähnelt nicht selten der sowjetischen Neusprache.

Neben der macht des Wortes und der subversiven Tätigkeit setzt Moskau noch eine weitere, direkt wirkende Waffe gegen den Westen ein. Der sowjetische Geheimdienst KGB ist heutzutage imstande, Attentate auf jede beliebige politische Persönlichkeit der freien Welt, die den sowjetischen Plänen einer globalen Herrschaft im Wege steht, vorzubereiten und durchzuführen. Zwei Persönlichkeiten sind davon schon getroffen worden, Johannes Paul II und der ehemalige ägyptische Präsident Anwar Sadat.

Die politischen Polizeien des Ostblocks scheinen im Westen schon nahezu strafrei agieren zu können, und nicht selten werden Terrorakte gegen aktive Emigranten aus den eigenen Ländern durchgeführt. Über diese Art der Aktivitäten ist der Bevölkerung im sowjetischen Lager so gut wie nichts bekannt, nicht einmal im für Informationen so offenen Polen. Der bekannte Schriftsteller J.J. Szczepanski analysiert zwar das Papstattentat in seinem Aufsatz "Logika Terroru" (Wiz, Nr. 7/8, 1981), übergeht jedoch dabei stillschweigend die Frage nach den Drahtziehern hinter dieser Tat, was seine Überlegungen trotz ihrer Tiefe eher trocken macht.

Kann man heute schon über Ergebnisse des Dritten Weltkrieges sprechen? Gibt es - wie Z. Byrski vermutet - bereits Symptome des Zerfalls des sowjetischen Imperiums? Der Autor meint, daß die Sowjetunion seit Jahren von den inneren Krankheiten völlig in Anspruch genommen wird. Bezeichnet man die Demoralisierung des Volkes, die geringen Arbeitsleistungen, die Warenmängel, den Zerfall der zwischenmenschlichen Beziehungen, Trunksucht, ein Überhandnehmen von Diebstahl und Vandalismus als Krankheit, so trifft die Annahme sicherlich zu, wenn gleich sie nur aus westlicher Sicht als Krankheit zu betrachten ist. Im Sowjetismus sind diese Auswüchse völlig natürliche Merkmale, die sich nicht mit westlichen Maßstäben messen lassen. Diese Symptome bedeuten nicht den Verfall des Systems, sondern, wage ich zu behaupten,

beweisen nur seine "Ukrieplienije" (russisch: Stärke). Daß die UdSSR ihre Bürger nicht ernähren kann, ist ebenfalls nicht als Beweis für das Erkranken der sowjetischen Wirtschaft zu sehen. Diese Wirtschaft kann nämlich die Bedürfnisse der Bevölkerung seit 60 Jahren nicht erfüllen. Daher ist die Wirtschaftsmisere nur als Normalzustand der sowjetischen Wirtschaftssysteme zu verstehen. Der Westen steht ohnedies stets hilfsbereit zur Seite.

Die Mehrheit der Bürger in der UdSSR weiß überhaupt nicht, daß es so etwas wie normale Wahlen, Demokratie, Gesetzgebung, Menschenfreiheiten, ect. gibt. Sie wissen es jetzt nicht und werden es auch in Zukunft nicht wissen. Wer soll also das sowjetische Imperium zerschlagen? Doch nicht etwa eine Gruppe von Dissidenten, die in KZ's und psychiatrischen Kliniken völlig isoliert bleiben. Krank, - ja sogar totkrank ist dafür der Westen. Man könnte darüber ein ganzes Traktat und nicht nur ein paar Zeilen in diesem Aufsatz schreiben. Ganz allgemein würde ich die Entwicklung des Westens als totalitäre der Kultur und Zivilisation bezeichnen, weil sie sich von Moral im Allgemeinen, über Kunst und politische Kultur, bis hin zur Wissenschaft erstreckt. Der Westen verliert die Grundlage, die seine kulturelle Entwicklung seit Jahrhunderten zusammenhielt; dieser Prozess zieht sich durch die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Aus dem Bewußtsein um diese Krise entwickelte sich das angestrebte Ziel des jetzigen Pontifikates: die Wiederbelebung der christlichen Einheit Europas. Wenn man die Ideale der Demokratie und Unabhängigkeit, im nationalen und bürgerlichen Rechten kodifiziert, als Basis nimmt für eine moderne politische Kultur dann dürfte es schwierig sein, heutzutage eine politische Kraft zu finden, die diese Grundwerte verteidigen möchte und könnte. Die sowjetische Ideologie ist ein Konglomerat leerer Phrasen. Langsam beginnen jedoch einige dieser Parolen - nicht ohne gewisse Hilfe von Seiten des Kremis - Wirklichkeit zu werden: der westliche Kapitalismus ist in eine Phase des Faulens und des zerfalls getreten.

Krank ist auch Amerika (interessante Texte zu diesem Thema sind von Z. Byrski verfaßt worden). Kann man die wichtige Tatsache, daß Reagens Politik der Härte, sein Nachrüstungsbeschluß, ect. auf immer größeren Widerstand bei der amerikanischen öffentlichen Meinung stößt, einfach ignorieren? Die Politik Breschnjews wird ja bekanntlich von 99,9% aller sowjetischer Bürger unterstützt.

Der Westen kann den Dritten Weltkrieg nicht gewinnen; man kann doch einen Krieg nicht gewinnen, wenn man daran gar nicht teilnimmt. Amerika hat sich leider in dieses Spiel, durch seine rapiden Prestigeverluste zugunsten der Sowjetunion herausgefordert, viel zu spät eingeschaltet; die Neutralisierung Westeuropas ist bereits abgeschlossen. Ich bemühe mich, zu zeigen, daß keine der politischen Varianten (Wirtschaftssanktionen, Menschenrechtspolitik, ideologische Offensive,) imstande ist, die Kräfteverteilung auf dieser Welt zu ändern. Die Chance der amerikanischen Neutronenbombe wird Westeuropa nicht nützen, weil in Wahrheit keinerlei Interesse dafür vorhanden ist. Man braucht nur an die 40er Jahre zurückdenken: damals hätte der Westen, da er im Besitz der Atombombe war, den Vormarsch des Kommunismus verhindern können. Er hat es schon damals nicht getan und wird es heute noch viel weniger tun. Der einzige Faktor, der das Sowjetimperium zerschlagen könnte, wäre

ein "heißer" Krieg. Der wird von niemandem gewünscht, auch von mir nicht.

Was bedeutet für die Zivilisation die allmähliche Ausbreitung der sowjetischen Herrschaft in der Welt? Diese Frage könnten Flüchtlinge aus Vietnam, Afghanistan oder Kuba beantworten. So ziehen zum Beispiel Tausende von Vietnamesen das Todesrisiko einer Flucht über den Ozean der Teilnahme am "Aufbau des Sozialismus" im eigenen Lande vor. Man muß sich fragen, ob denn die westlichen Staatsmänner von diesen Dingen nichts wüßten. Natürlich wissen sie darüber bescheid, sie gewähren den Flüchtlingen auch großzügig humanitäre Hilfe, über die Flüchtlingsprobleme wird auch in internationalen Gremien beraten. Nur, Vietnam ist weit, und Afghanistan auch. Der Sowjetismus ist die größte Gefahr, die der Mittelmeerzivilisation droht. Diese Zivilisation ist auf Werten gegründet, die von den hohen politischen Tribünen herab immer wieder gepredigt werden: auf den Menschenrechten, auf Freiheit und Demokratie. Gleichzeitig werden diese Prinzipien auf einem immer größer werdenden Teil des Erdballs vernichtet. Der Westen scheint jedoch nicht die Absicht zu haben, diese seine Werte auch zu verteidigen.

Der Titel dieses Aufsatzes lautet: Ergebnisse des Dritten Weltkrieges", denn obwohl der Krieg noch andauert: sein Ergebnis ist schon bekannt.

## Polens Hochseefischerei in roten Zahlen Devisenmangel hat schlimme Folgen

Die polnische fischverarbeitende Industrie hat im ersten Halbjahr 1982 ihr Soll nur zu 15 bis 39 Prozent erfüllt, klagt die halbamtliche Tageszeitung "Zycie Warszawy" (Leben Warschau). Der Grund: die polnische Fischfangflotte konnte ihre Lieferkapazität nicht einhalten, während die Flotte 1980 noch 701.000 Tonnen Fisch heimbrachte, waren es im ersten Halbjahr 1982 nur 295.000 Tonnen.

Dieser Rückgang ist auf viele Faktoren zurückzuführen. Einige Länder haben ihre Kooperationsverträge mit Polen nicht erneuert. Ferner mussten Fischkutter wegen Überalterung aus dem Verkehr gezogen werden. Einige Trawler hatten längere Wartezeiten in fremden Häfen in Kauf zu nehmen, weil sie nicht in der Lage waren Reparaturgebühren an Ort und Stelle zu entrichten. Die Fanggebiete im nordöstlichen Pazifik sowie um die Falklandinseln mussten aufgegeben werden.

Bis einschliesslich 1986 wird eine Sagnation der Fänge in fernen Meeren erwartet, zumal weitere Trawler aus dem Verkehr gezogen werden müssen und es an Devisen mangelt, um neue Schiffe zu kaufen. Dies, obwohl in Polens Werften Trawler gebaut werden, die jedoch zu fünf Sechsteln an die Sowjetunion geliefert werden.

Die Fänge in der Ostsee werden sich auf dem Niveau der Vorjahre, etwa bei 200.000 Tonnen jährlich, halten.

Die fischverarbeitende Industrie ist ebenfalls in grosse Schwierigkeiten geraten: wegen Devisenmangels kann sie weder Konservenblech noch Zusatzmittel für die Fischverarbeitung kaufen.

## Umweltskandal an der Donau

Die ungarischen Behörden haben in aller Eile eine Wasserleitung unter der Donau von der Insel Szentendre bis zur Stadt Vac (Waitzen) verlegt, um dort die Wasserversorgung zu sichern. Wie das Budapest-er Parteiorgan "Nepszabadsag" meldete, war diese Massnahme erforderlich, weil die Förderpumpen durch Müll völlig verschmutzt waren.

Die Verschmutzung des Flusses und der Pumpen waren vom chemisch-pharmazeutischen Werk "Chinoïn" verursacht worden. Das Werk wurde deswegen zu 20 Mio Forint (umgerechnet etwa 1,3 Mio Mark) Bussgeld verurteilt.

Zusätzlich muss "Chinoïn" 30 Mio Forint (2 Mio Mark) bezahlen, um die Kosten der offiziellen Untersuchungen zu decken. Das Werk muss ferner rund 50 Mio Forint (3,3 Mio Mark) investieren, um eine Wiederholung des Vorganges zu verhindern.

"Chinoïn" hat auch Schwierigkeiten mit der Lagerung giftiger Produktionsabfälle gehabt. Arbeiter des Werkes wurden dabei erwischt, als sie versuchten, auf eine städtische Mülldeponie Giftstoffe abzuladen, die mit normalem Müll vermischt waren. Auch im Werk selbst wurden Giftstoffe in das allgemeine Abwasser geschüttet.

## Hunderttausende Polen praktisch ohne Einkommen

### Nur jeder Vierte amtlich registriert

In Polen gibt es schätzungsweise 2,5 bis 3,0 Millionen Arme. Einem Bericht der Wochenzeitung "Przeład Tygodniowy" zufolge sind aber nur 700.000 amtlich registriert. Beunruhigend sei zudem, daß die Zahl der amtlich erfaßten Armen immer mehr ansteige.

Nicht wenige Polen bezögen überhaupt keine Rente, zum Beispiel die zahlreichen Angehörigen des Kleinadels. Sie hätten inzwischen ihr Familienvermögen praktisch völlig aufgezehrt.

Mit ihrer Jahresproduktion von 3,4 bis 3,5 Mio Tonnen Kali zählt die DDR zwar zu den bedeutendsten Kaliherzeugern, jedoch auch zu den grössten Umweltverschmutzern. Durch die Abwässer der Kali-Kombinate Thüringens werden täglich Unmengen von Schmutz und Giften in die Bundesrepublik gespült. Jede Sekunde kommen nach Angaben von Experten in Bonn etwa 166 Kilo Chloride, maximal 50.000 Tonnen täglich, aus dem Osten angeschwemmt. In der Werra seien bereits Spitzenwerte von 40.000 Milligramm Salz je Liter Flusswasser gemessen worden. Noch am Unterlauf der Weser habe man im Liter Wasser mehr als 2.000 Milligramm Salze festgestellt, das Zehnfache der EG-Trinkwassernorm. In Hessen sei in den, und längs der Grenzflüsse tierisches und pflanzliches Leben nahezu erloschen.

Mit Hilfe eines neuentwickelten Verfahrens könnten in den drei DDR-Kaliberken Einrichtungen geschaffen werden, die

den Salzgehalt der Abwässer bis nahezu auf Null verringern würden. Die Kosten für ein solches Projekt in Höhe mehrerer Hundert Millionen Mark soll auf Verlangen der DDR die Bundesrepublik tragen, wie "Die Einheit", Organ der IG Bergbau und Energie, berichtet.

In der Hoffnung auf harte Devisen dränge man in Ost-Berlin auf Lösung des leidigen Problems im Sinne der Kostenübernahme durch Bonn.

Obwohl auch die DDR ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft hat, hat die Produktion unbedingten Vorrang vor jeglichen Massnahmen zur Reinhaltung von Luft und Wasser. Hauptverursacher der alle Grenzwerte überschreitenden Umweltbelastung, ist neben der Industrie die Landwirtschaft. Überdüngung und radikale Schädlingsbekämpfung in der DDR haben Boden und Wasser zum Teil in erheblichem Masse verseucht.

## DDR streckt das Brot

Die DDR ist offenbar nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit frisch gebackenem Brot zu versorgen. Das geht aus einem Bericht der Ost-Berliner Zeitung "Wochenpost" über Bäckereien im mecklenburgischen Bezirk Rostock hervor.

Wie das in der DDR sehr häufig gelesene Blatt schreibt, konnten die Bäcker der Konsumentenvereine bisher schon 1.260 Tonnen Mehl einsparen, weil sie die Brotlaibe kleiner formten und ausserdem in angeblich geringer Menge noch altbackenes Brot ("Brotausschuss") dem frischen Brotteig beigaben.

"Damit ist für unsere Volkswirtschaft ein wichtiger Kreislauf geschlossen", heisst es in dem Blatt. Welches Echo dieses aus neuem Teig und alter Krume hergestellte "gestreckte" Brot bei der Bevölkerung fand, geht aus dem Bericht nicht hervor.



## OSTEUROPA NACHRICHTEN

Redaktionskollegium:  
Veronika Bodoki - Zbynek Benysek  
Hubert Huber - Algis Klimaitis  
Lev A. Rutkewitsch - Fr. Vanecek  
Prof. Dr. Andrzej Zieba

Nachrichtendienst:  
wona (West-Ost-Nachrichten)  
Berlin

Herausg. Eigent. u. Verleger:  
Algis Klimaitis, 1140 Wien  
Hadikgasse 22, Tel. 8380703

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion gestattet.

P.b.b.  
Verlagspostamt 1030 Wien / Erscheinungsort Wien